

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE 2020



antisemitismus
meldestelle



INHALT

OSKAR DEUTSCH	3
BENJAMIN NÄGELE	3
KATHARINA VON SCHNURBEIN	4
1. ZUSAMMENFASSUNG	5
2. VERLAUF DER ZAHL DER MELDUNGEN	6
3. METHODIK	8
Arbeitsdefinition Antisemitismus	8
4. KATEGORISIERUNG ANTISEMITISCHER VORFÄLLE	11
Physischer Angriff	11
Bedrohung	11
Sachbeschädigung	11
Verletzendes Verhalten	11
Massenzuschriften	12
Blick ins Ausland	12
Ideologischer Hintergrund	13
Weitere Subkategorien:	
Antisemitismus mit Coronabezug	14
Antisemitische Verschwörungsmythen	14
Shoah-Relativierung/-Leugnung	15
Israelbezogener Antisemitismus	15
Ideologischer Hintergrund der jeweiligen Vorfallskategorien	16
KAROLINE EDTSTADLER	17
PETER FLORIAN SCHÜTZ	18
5. KOMMENTAR	19
Ein Jahr im Zeichen der Gewalt	19
Ein Jahr im Zeichen der Pandemie	19
Antisemitismus und Israel	20
Positive Initiativen angesichts negativer Perspektiven	22
6. ANTISEMITISCHE VORFÄLLE – BEISPIELE	23
Angriff	23
Bedrohung	24
Sachbeschädigung	24
Verletzendes Verhalten	25
Massenzuschriften	26
Fallbeispiel: Coronabezogener Antisemitismus	26
Fallbeispiel: Israelbezogener Antisemitismus	28



Um 585 antisemitische Vorfälle zu viel

Oskar Deutsch

Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

Jahrzehntlang war die jüdische Gemeinde mit dem Problem des Antisemitismus weitgehend auf sich allein gestellt. Heute ist das anders. Immer mehr Menschen in Österreich sehen das Judentum als einen selbstverständlichen Bestandteil Österreichs und lehnen Antisemitismus ab. Ein Blick auf die Lebensrealität vieler Jüdinnen und Juden sowie die Tatsache, dass allein im vorigen Jahr 585 antisemitische Vorfälle gemeldet wurden, dass noch viel Arbeit vor uns liegt.

Gerade in der Coronapandemie bewahrheitet sich Theodor Adornos Ausspruch: „Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“. Speziell im Internet und auf vielen Demos wurden wüste antisemitische Lügen verbreitet. Aus solchen Worten kann sich ein Flächenbrand der Taten entwickeln, wenn wir ihnen nicht entgegentreten. Wir, das sind auch Sie, geschätzte Leserinnen und Leser.

Der Kampf gegen Antijudaismus ist keine primäre Aufgabe der Kultusgemeinde. Aber wir sind in der Regel die ersten Betroffenen, diejenigen, die den Antisemitismus hautnah zu spüren bekommen. Deshalb ist die wichtigste Aufgabe der Antisemitismus-Meldestelle der IKG Wien die Betreuung von Menschen, die Antisemitismus erlebt haben. Der vorliegende Bericht ist ein Ergebnis der intensiven und vertrauensvollen Betreuung. Mein großer Dank gilt deshalb den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rund um Generalsekretär Benjamin Nägele, die die Meldepersonen beraten und begleiten. Die Statistik macht den Antisemitismus und seine Dimension teilweise sichtbar. Entscheidend ist, welche Konsequenzen unsere Gesellschaft daraus zieht. Es liegt an jedem und jeder Einzelnen, einen antisemitischen Witz im Internet, eine Verschwörungslüge auf einer Demo oder in einer Schulklasse nicht hinzunehmen, sondern dagegen aufzutreten.



Vertrauensvolle Unterstützung

Benjamin Nägele

Generalsekretär der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

585 antisemitische Vorfälle im Jahr 2020 bedeuten einen Durchschnitt von rund 49 Vorfällen pro Monat. Das ist ein Negativrekord. Dabei beinhaltet der vorliegende Bericht ausschließlich gemeldete Vorfälle, die von unseren Expertinnen und Experten verifiziert wurden. Es ist von einer hohen Dunkelziffer nicht gemeldeter Vorfälle auszugehen.

Der Jahresbericht ist somit als Bestandsaufnahme zu sehen. Er dient als Grundlage, gemeinsam mit allen relevanten Akteuren Maßnahmen anzupassen und zu verbessern. Die Nationale Strategie gegen Antisemitismus hat dabei einen wichtigen Rahmen gesetzt. Die Antisemitismus-Statistik für 2020 und die jüngste Entwicklung – Stichwort: „Coronademos“ – müssen als Ansporn für die Umsetzung der Strategie gesehen werden.

Neben der bloßen Erfassung von Vorfällen dient die Meldestelle einer noch viel wichtigeren und übergeordneten Aufgabe: Den Betroffenen von antisemitischen Vorfällen vertrauensvoll, individuell und bestmöglich Unterstützung zu bieten. Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den vielen Unterstützern innerhalb der jüdischen Gemeinde als auch in der gesamten Gesellschaft.



„Antisemitismus ist ein Angriff auf die Menschenrechte“

Katharina von Schnurbein

Beauftragte der EU-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und Förderung jüdischen Lebens

„Antisemitismus ist ein Gift für unsere Gemeinschaft. Es liegt an uns allen, es zu bekämpfen, zu verhindern und auszurotten „, erklärte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, kurz nach ihrem Amtsantritt im Dezember 2019. Die Bekämpfung des Antisemitismus beginnt mit der Anerkennung des Ausmaßes des Problems. Nicht nur Terroranschläge und gewalttätige Übergriffe, sondern auch gelegentliches diskriminierendes Verhalten, Spott und Beleidigungen beeinflussen den Alltag von Jüdinnen und Juden in Europa. Oft werden diese alltäglichen Vorfälle leider weder gemeldet noch erfasst. Und damit werden sie auch nicht anerkannt als das, was sie sind: nämlich antisemitisch!

In Österreich werden einer Umfrage der EU-Grundrechteagentur zufolge 71% der antisemitischen Vorfälle nicht gemeldet. Als Gründe dafür werden genannt, dass sich ohnehin nichts ändern würde, dass der Vorfall nicht schlimm genug war oder dass es zu mühsam wäre, Anzeige zu erstatten. Antisemitismus ist ein Angriff auf die Menschenrechte – kein Vorfall ist zu unwichtig, als dass er nicht gemeldet werden sollte. Das gilt übrigens auch für Vorfälle, die sich online ereignen. Deshalb ist es zu begrüßen, dass über die Webseite der Meldestelle Vorfälle unbürokratisch und, wenn gewünscht, auch anonym gemeldet werden können.

Wichtig ist, dass die Perspektive der Betroffenen im Zentrum der Datenerhebung steht. Mit der (rechtlich nicht bindenden) Antisemitismusdefinition der Internationalen Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die auch Österreich angenommen hat, gibt es Kriterien, die die verschiedenen Formen des zeitgenössischen Antisemitismus aufzeigen. Die Beispiele sind quasi deckungsgleich mit den Aussagen, die die große Mehrheit europäischer Juden als antisemitisch bezeichnet. Zur Unterstützung der praktischen Handhabung der IHRA-Antisemitismusdefinition hat die Kommission gemeinsam mit IHRA im Jänner 2021 ein Handbuch herausgebracht, das all jenen, die in der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus tätig sind, helfen kann, Vorfälle zu erkennen und richtig einzuordnen. Unser Ziel ist es, dass Daten mit den Polizeistatistiken abgeglichen werden können und letztendlich auch EU-weit vergleichbar werden.

Die *ultima ratio* bleibt jedoch, dass Datenerfassung antisemitischer Vorfälle irgendwann nicht mehr nötig sein wird. Ich wünsche deshalb der IKG und uns allen, dass dieser Bericht ein weiterer Schritt ist auf dem Weg, Antisemitismus sichtbar zu machen, ihn zurück zu drängen und letztendlich zu besiegen, so dass die Vielfalt jüdischen Leben zu einer gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit wird.

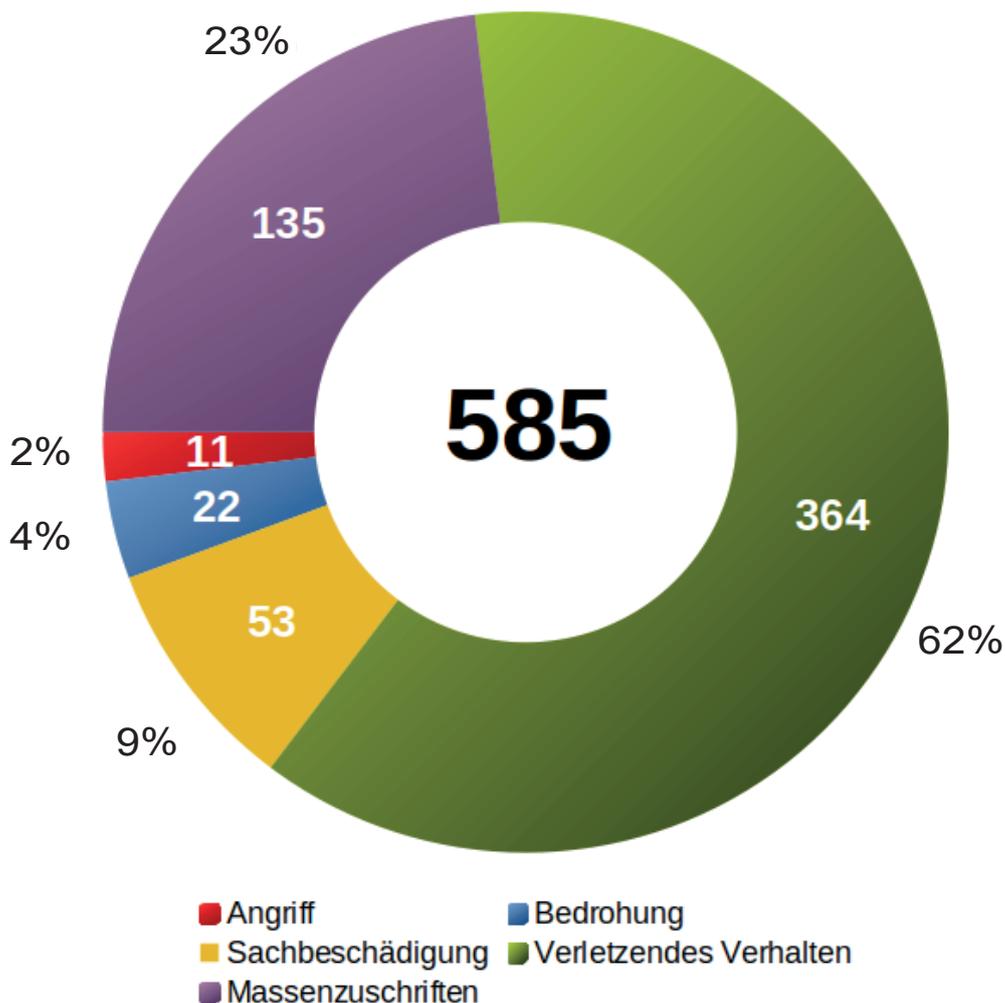
1. ZUSAMMENFASSUNG

Im Jahr 2020 wurden der Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) insgesamt **585 antisemitische Vorfälle** gemeldet. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr (550 Vorfälle) einem **Anstieg um 6,4 Prozent** und somit der höchsten erfassten Anzahl antisemitischer Vorfälle seit Beginn der Dokumentation vor 19 Jahren. Dieser Bericht ist keine gesamthafte Darstellung des Antisemitismus in Österreich. Gezählt wurden jene antisemitischen Vorfälle, die gemeldet wurden und nach einer Prüfung durch die Expertinnen und Experten der Antisemitismus-Meldestelle als eindeutig antisemitisch gemäß der [IHRA-Definition](#) klassifiziert wurden.

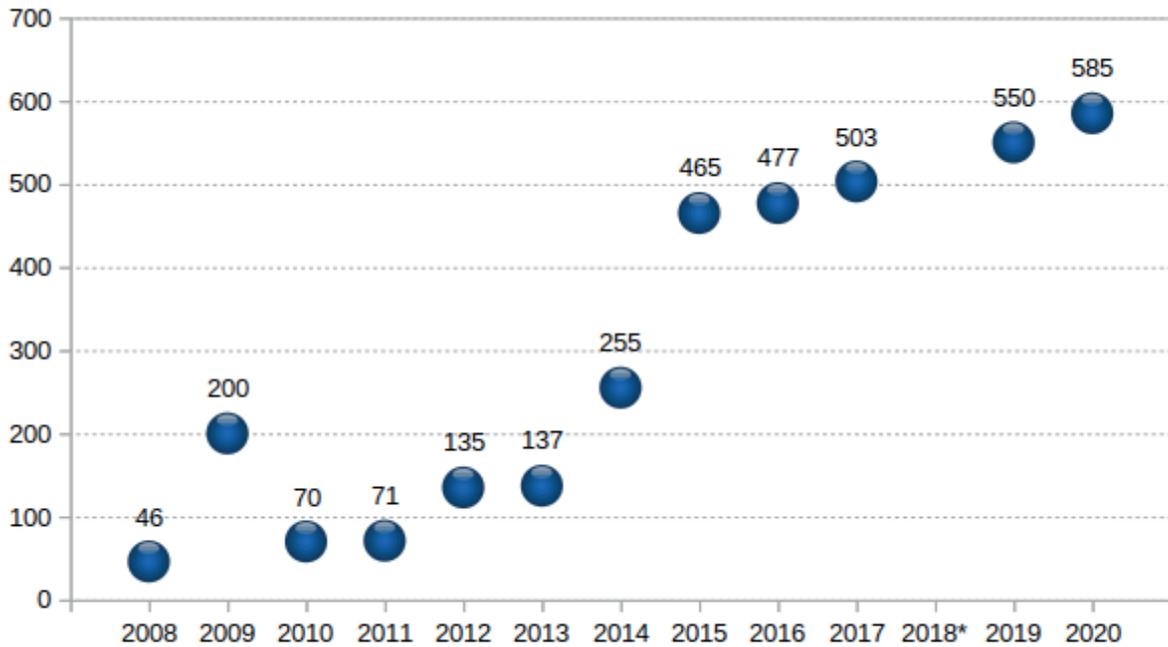
Von den 585 Vorfällen waren:

- 11 **physische Angriffe** (2019: 6)
- 22 **Bedrohungen** (2019: 18)
- 53 Fälle von **Sachbeschädigung** (2019: 78)
- 135 Fälle von **Massenzuschriften** (2019: 209)
- 364 Fälle von **verletzendem Verhalten** (2019: 239)

Um eine internationale Vergleichbarkeit zu ermöglichen orientiert sich die Kategorisierung der gemeldeten antisemitischen Vorfälle wie schon im Jahr zuvor an jener in Deutschland und dem Vereinigten Königreich (siehe Abschnitt „[Kategorisierung](#)“, ab Seite 11)

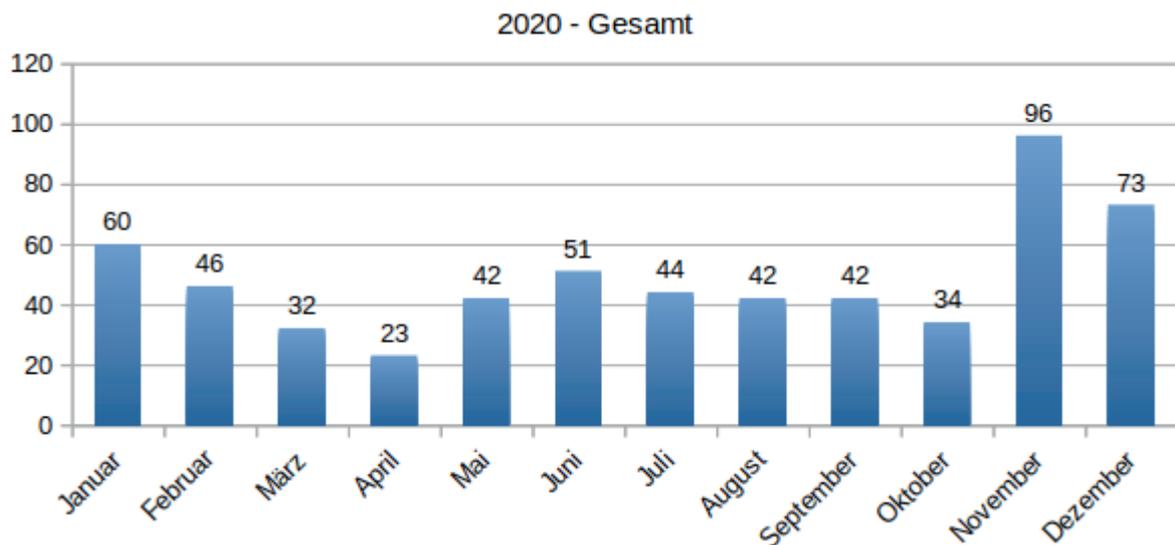


Antisemitische Vorfälle 2008-2020



*kein Bericht für das Jahr 2018

2. VERLAUF DER ZAHL DER MELDUNGEN



Nach dem bemerkenswerten Einbruch gemeldeter Fälle zu Beginn der Corona-Krise in den Monaten März und April stabilisierten sich die Zahlen im Verlauf des Jahres wieder. Der starke Anstieg ab November ist vor allem auf zwei Umstände zurückzuführen:

Einerseits erfolgte in der ersten Novemberhälfte die Präsentation des Online-Auftritts der Antisemitismus-Meldestelle, inklusive des Meldeformulars, sowie der regelmäßig mit Updates bespielten Social Media-Präsenzen auf Twitter und Facebook; diese gesteigerte öffentliche Aktivität führte auch zu einer spürbar erhöhten Nutzung unserer Kontaktmöglichkeiten, einschließlich des bisherigen Angebots via Telefon und Email.

Natürlich hat aber auch das rund um diesen Zeitpunkt herum bemerkbare Wiederaufflammen der Proteste gegen die Coronamaßnahmen zu einem markanten Anstieg der Anzahl einschlägiger Vorfälle geführt.

Die Divergenz der jeweiligen Zahlen in den Monaten Februar und März im Vergleich zum Halbjahresbericht ist einer Korrektur aufgrund der Zusammenlegung ursprünglich getrennt erfasster Vorfälle geschuldet.

Der größte Teil antisemitischer Vorfälle ist auf **persönliche Wahrnehmung** zurückzuführen (175). **Soziale Netzwerke** sind mit 135 Vorfällen vertreten. 124 Vorfälle wiederum fanden sich bei Kommentaren im **Online**-Bereich (zur Erinnerung: oft finden sich zum Beispiel in einem Diskussionsforum oder Social Media-Thread mehrere, teils dutzende antisemitische Kommentare; sie werden dann dennoch immer nur als ein Vorfall gezählt). 112 Mal wurden **Emails** mit antisemitischen Inhalten beziehungsweise einschlägigen Adressaten registriert. Antisemitismus in **Briefform** gab es 33 Mal. Antisemitische **Telefonanrufe** und **Zeitungsartikel** sind mit je 3 Fällen vertreten.

3. METHODIK

Wie wir schon in unserem [letztjährigen Bericht](#) hervorgehoben haben sind wir uns der besonderen Bedeutung international akzeptierter Standards bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle bewusst. Seit spätestens 2004 ist den Stakeholdern diese Problematik bekannt, auch weiterhin hat sich hier jedoch nicht viel bewegt. So hält auch die FRA im Zusammenhang mit ihrem jüngsten Antisemitismus-Überblick fest:

„Staat und Zivilgesellschaft benötigen angemessene Daten, um gegen den in Europa grassierenden Judenhass vorzugehen. Der jüngste Überblick der FRA zum Thema Antisemitismus zeigt jedoch auf, dass nach wie vor große Lücken bei der Datenerhebung bestehen. Wie der Jahresüberblick zeigt, hat es in 16 Jahren kaum Veränderungen bei der Art der Datenerhebung gegeben [...] Hinzu kommt, dass die verfügbaren Daten gemeinhin nicht über alle EU-Mitgliedstaaten hinweg vergleichbar sind. Dies liegt an den unterschiedlichen Erhebungsmethoden und Datenquellen.“¹

Die Antisemitismus-Meldestelle ist sich seit ihrer Gründung dieser langjährigen Problematik bewusst und hat daher nicht nur die IHRA-Arbeitsdefinition Antisemitismus übernommen, sondern auch die Kategorisierung antisemitischer Vorfälle von zwei in diesem Bereich Vorbildfunktion habenden Organisationen, nämlich RIAS² in Deutschland und *Community Security Trust (CST)*³ in Großbritannien.

In den folgenden zwei Abschnitten sollen daher diese Grundpfeiler unserer Arbeitsmethodik erläutert werden.

Arbeitsdefinition Antisemitismus

Seit die 2005 von dem EUMC unter mithilfe zahlreicher ExpertInnen und Betroffenen erstellte Arbeitsdefinition für Antisemitismus im Mai 2016 von der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) übernommen wurde fand diese eine stark zunehmende internationale Unterstützung auf unterschiedlichsten Ebenen.⁴ Darunter auch in Österreich, wo sich der Ministerrat (2017) sowie die Gemeinderäte in Wien (2018) und Graz (2019) per Beschluss zu dieser Arbeitsdefinition bekannten. Auf EU-Ebene forderte im Dezember 2018 der EU-Rat im Rahmen einer Erklärung die EU-Mitgliedsstaaten auf, die Definition ihrerseits zu übernehmen.⁵ Dies, nachdem bereits im Januar 2017 EU-Kommissarin Vera Jourovà zur Unterstützung der Definition aufrief.

Obgleich rechtlich nicht bindend, ist eine derartige Definition ein unabdingbares Tool im Kampf gegen Antisemitismus. Dadurch soll jene immanent wichtige, seit jeher geforderte internationale Vergleichbarkeit erreicht werden, welche entsprechende Erkenntnisse und damit zusammenhängende, zielgerichtete Maßnahmen erst möglich macht; vor allem auf nationaler Ebene dient sie aber auch als wissenschaftlich untermauertes Arbeitswerkzeug: zuallererst für im Bereich Antisemitismus tätige Organisationen, aber potenziell auch für die Exekutive, welche naturgemäß oftmals als Anlaufstelle für von Antisemitismus Betroffene fungiert.

An dieser Stelle soll noch einmal festgehalten werden, dass bei weitem nicht jeder antisemitische Vorfall rechtliche Implikationen hat; seine bestmögliche Erfassung ist jedoch notwendig, will man sich ein möglichst umfassendes Gesamtbild verschaffen, welches seinerseits fundierte Entscheidungen der relevanten Stakeholder ermöglichen soll und das nicht zuletzt auch im Bereich der Antisemitismusprävention.

1 <https://fra.europa.eu/de/news/2020/judenhass-datenluecken-verschleiern-das-wahre-bild>

2 [Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus](#)

3 CST ist die Sicherheitsstiftung der Jüdischen Gemeinde(n) in Großbritannien

4 https://en.wikipedia.org/wiki/Working_Definition_of_Antisemitism

5 [Bekämpfung von Antisemitismus: Erklärung des Rates](#)

Alle uns gemeldeten Vorfälle werden mit dieser Definition abgeglichen, nicht alle erfüllen ihre Kriterien und finden somit nicht Eingang in die Statistik.

Hier die Definition im Wortlaut:⁶

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und / oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden.

Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.
- Falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden.
- Das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden.
- Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z.B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Shoah).
- Der Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, die Shoah zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
- Der Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.

6 [IHRA](#)

- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z.B. der Vorwurf des Christumordes oder die Ritualmordlegende), um Juden, Judentum, Israel oder Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel.

4. KATEGORISIERUNG ANTISEMITISCHER VORFÄLLE

Ein wesentlicher Bestandteil der Erfassung, Analyse und Verbreitung antisemitismusbezogener Daten ist die Kategorisierung antisemitischer Vorfälle. Wie bereits weiter oben erwähnt machten unterschiedliche EU-Institutionen über mehr als eineinhalb Jahrzehnte hinweg die hierbei fehlende Vergleichbarkeit auf internationaler Ebene als wesentliches Problem im Kampf gegen Antisemitismus aus und strebte folgerichtig eine Homogenisierung an.

Zu diesem Zweck veröffentlichte das European Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC, Vorgängerorganisation der EU-Grundrechteagentur FRA) Richtlinien zur Kategorisierung antisemitischer Vorfälle, welche ihrerseits maßgeblich vom diesbezüglich besonders erfahrenen und fortschrittlichen CST geprägt war.⁷ Deren Kategorien und Begriffsbestimmungen sollten – so die Empfehlung – „so weit als möglich“ übernommen werden.

Zum heutigen Zeitpunkt hat nur die in Deutschland beheimatete RIAS diese Empfehlungen übernommen und übersetzt, um sie seit nunmehr sechs Jahren in ihrer Arbeit einzusetzen.

Die Übernahme der Kategorien und Begriffsbezeichnungen gemäß EUMC-Richtlinie (beziehungsweise CST und RIAS) sollen einen weiteren Schritt in den internationalen Bestrebungen im Kampf gegen Antisemitismus darstellen. (Siehe dazu *Blick ins Ausland*, Seite 12)

Die Kategorien lauten wie folgt:

Physischer Angriff

Jegliche Form des physischen Angriffs auf Menschen und Gebäude, mit oder ohne Waffen. Auch der erfolglose Versuch eines Angriffs (sei es, weil das Opfer sich zur Wehr setzte oder flüchten konnte) wird unter dieser Kategorie erfasst. Selbiges gilt für das Werfen von Gegenständen in Richtung von Personen, auch wenn diese ihr Ziel verfehlen.

(Die EUMC-Richtlinie, CST und RIAS kennen als Steigerungsform noch die Kategorie „Extreme Gewalt“. Wir betrachten die Differenzierung zwischen letzterer und „Angriffen“ in Österreich als nicht zweckmäßig.)

Bedrohung

Konkret formulierte Androhung physischer Gewalt gegen jüdische beziehungsweise als jüdisch wahrgenommene Personen oder Einrichtungen; die Drohung ist zielgerichtet und kann in schriftlicher oder mündlicher Form erfolgen.

Ebenfalls als Bedrohung kategorisiert werden Bombendrohungen gegen sowie Bombenattrappen bei jüdischen Einrichtungen.

Sachbeschädigung

Nicht lebensbedrohlicher Übergriff auf ein Objekt. Als Sachbeschädigung gelten hierbei auch Beschmierungen, sowie das Anbringen von Stickern und Plakaten.

Hinweis: Im Unterschied zu CST und RIAS werden in dieser Kategorie nicht nur jene Sachbeschädigungen erfasst, welche sich gegen Objekte richten, die sich in jüdischem Besitz befinden, als solches wahrgenommen werden oder sonstwie mit dem Judentum, Israel oder der Shoah in Verbindung gebracht werden können, sondern auch jene, welche nicht diesen Kriterien entsprechen (zB Davidsterne und antisemitische Beschimpfungen auf Wahlplakaten).

Verletzendes Verhalten

Antisemitische Beschimpfungen, Äußerungen, Kommentare und Botschaften; Diese können verbal (von Angesicht zu Angesicht, telefonisch) oder schriftlich (Brief, E-Mail, Onlinemedien, andere

⁷ [EUMC – Manifestations of Antisemitism in the EU 2002 – 2003](#), S. 343

elektronische Kommunikationskanäle) erfolgen und sind an eine spezifische Person oder Institution gerichtet.

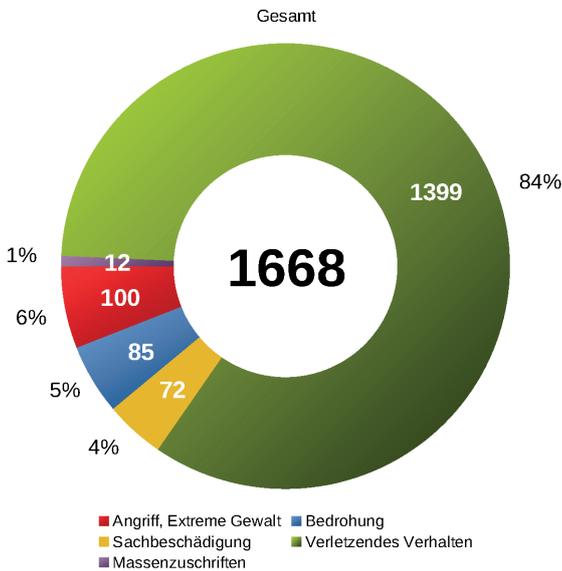
Hinweis: Um eine Verzerrung der Statistik zu vermeiden wird bei antisemitischen Postings im Onlinebereich die Gesamtheit aller Kommentare zu einem Beitrag (Nachrichten oder Social Media) zu einem einzelnen Vorfall zusammengefasst. In einigen Fällen enthält ein Diskussionsforum oder ein Social Media-Thread mehrere Dutzend antisemitischer Kommentare.

Massenzuschriften

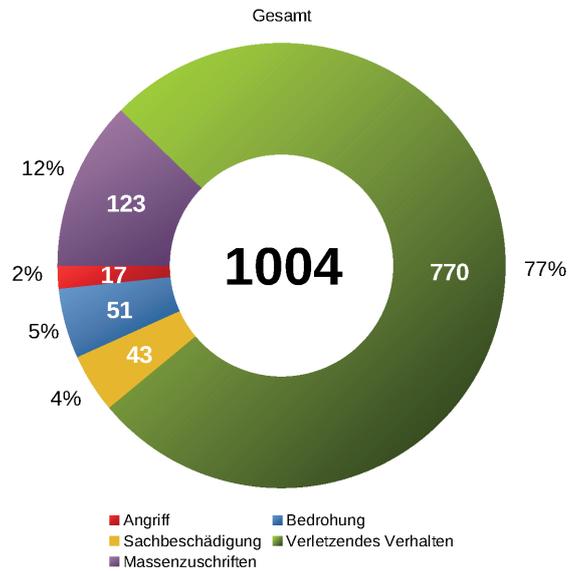
Hierbei handelt es sich um schriftliche antisemitische Inhalte, die an mindestens zwei AdressatInnen gerichtet sind beziehungsweise generell auf einen breiten Empfängerkreis abzielen. Dazu gehören Publikationen (Online wie Offline, zB Zeitungen, Magazine, Blogs), an mehrere EmpfängerInnen versandte Schreiben (Briefe, Emails), sowie die letzten beiden Medien zunehmend verdrängenden Social Media-Plattformen.

Blick ins Ausland

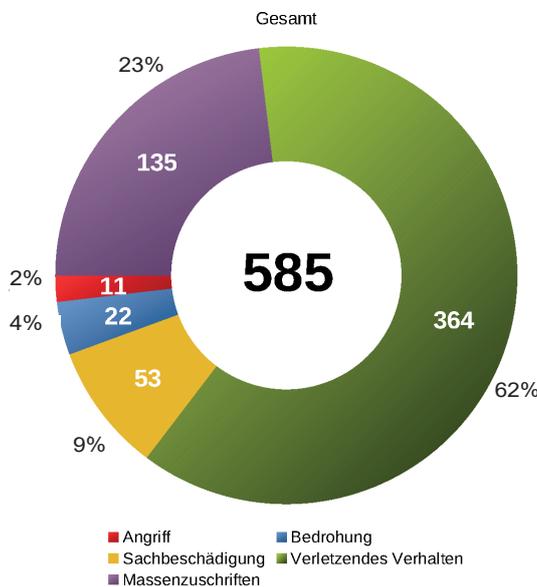
Vereinigtes Königreich / CST



Berlin / RIAS

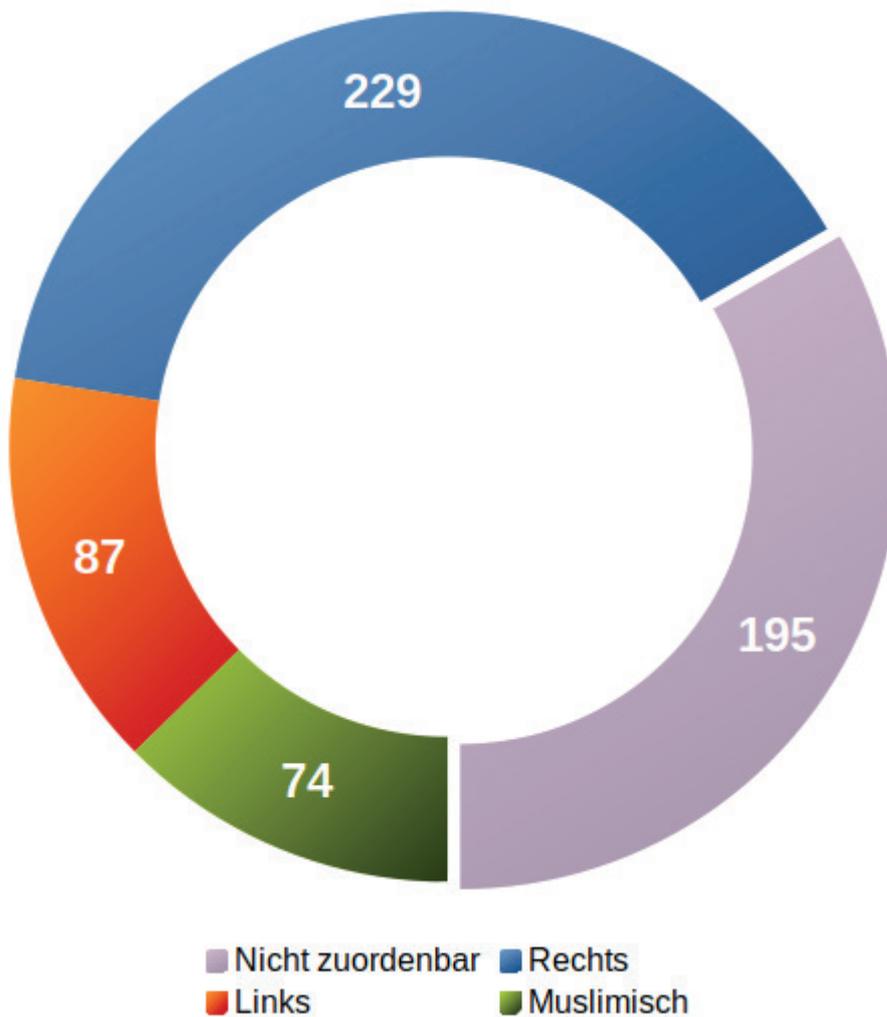


Österreich / Antisemitismus-Meldestelle der IKG Wien



Ideologischer Hintergrund

- Unter „**Rechts**“ fallen all jene Vorfälle, welche der politischen beziehungsweise der gesellschaftspolitischen Rechten, dem Rechtsextremismus sowie dem (Neo-)Nazismus zugeordnet werden konnten.
- Unter „**Links**“ fallen all jene Vorfälle, welche der politischen sowie der gesellschaftspolitischen Linken und dem Linksextremismus mit all seinen Spielformen (zB der antisemitischen BDS-Bewegung und antiimperialistischen Gruppierungen) zugerechnet werden konnten.
- „**Muslimisch**“ bezieht sich auf antisemitische Vorfälle, die von Personen oder Organisationen verursacht wurden, die weltanschaulich beziehungsweise religiös dem Islamismus zuzuordnen sind.



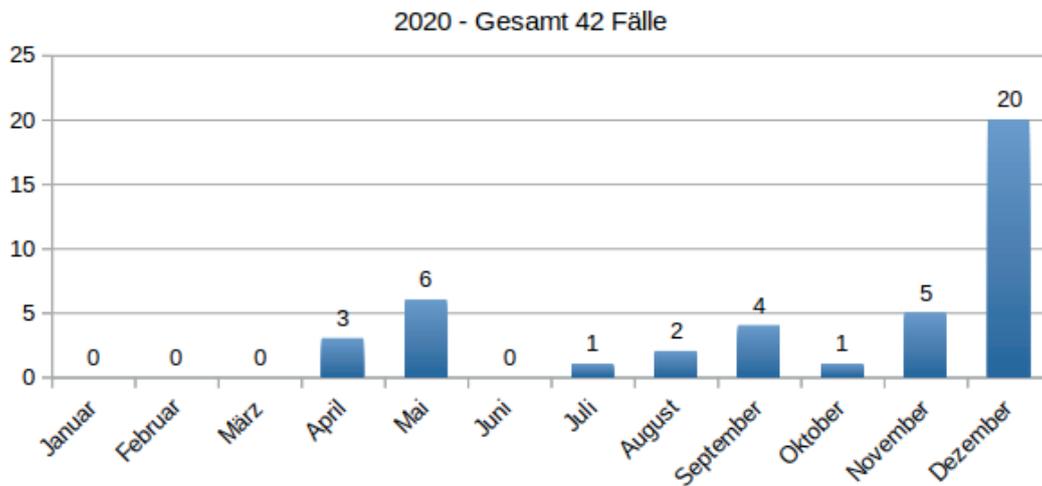
Weitere Subkategorien

Angesichts der – auch weiterhin aktuellen – Entwicklungen rund um die Coronapandemie sollen in diesem Bericht drei weitere Phänomene separat angeführt werden:

Antisemitismus mit Coronabezug

Diese ad-hoc eingeführte Subkategorie tritt nicht im Vakuum auf, sondern stets im Verbund mit Verschwörungsmmythen und/oder Shoah-Relativierung und/oder mit dem Thema Israel.

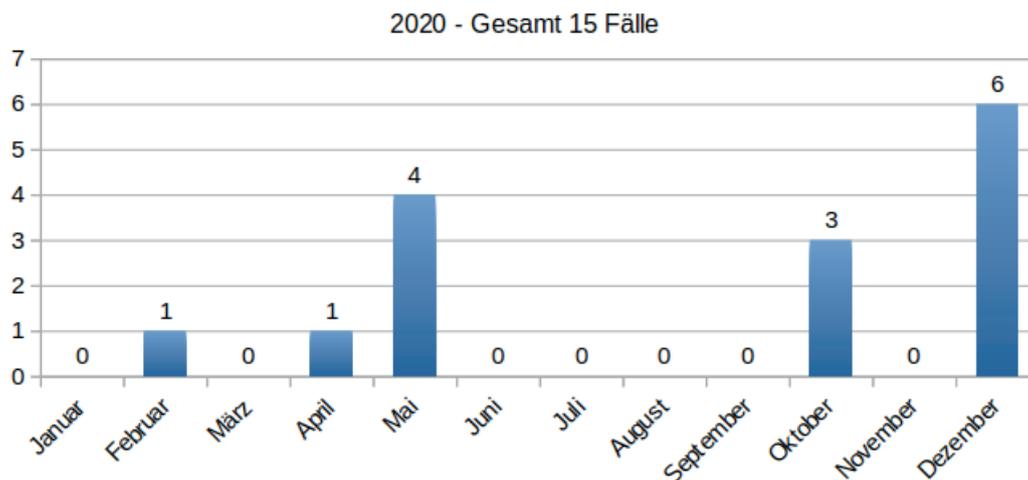
Der Anstieg der gemeldeten Fälle Ende des Jahres ist – wie auch an anderer Stelle erläutert – vor allem auf die immer aggressiver auftretenden Gegnerinnen und Gegnern der Coronamaßnahmen zurückzuführen, jedoch auch auf die erhöhte Sensibilität und dadurch gestiegene Zahl an Meldungen, vor allem von Seiten anderer Organisationen der Zivilgesellschaft.



Antisemitische Verschwörungsmmythen

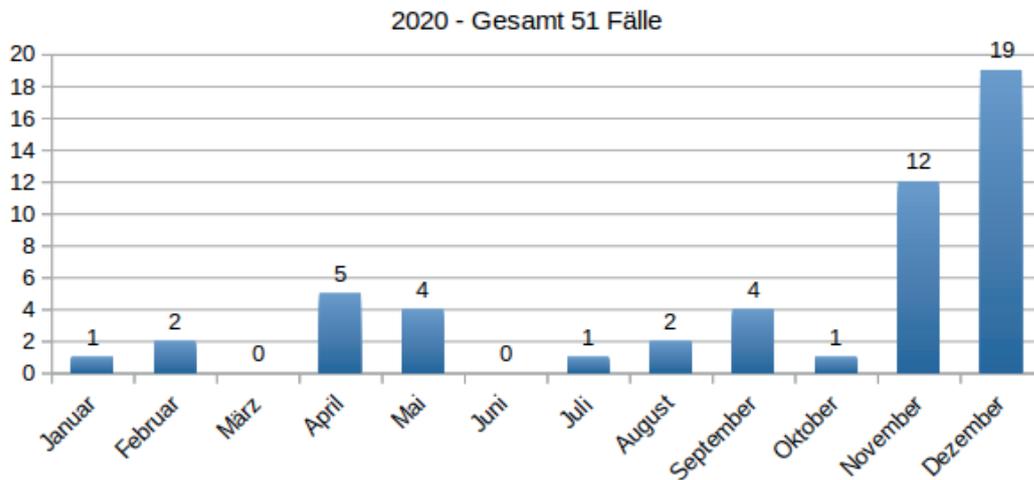
Pandemien und deren Auswirkungen auf Juden und Jüdinnen haben eine sehr weitreichende wie tragische Geschichte. Sind Krisenzeiten bzw Zeiten des rapiden Umbruchs generell ein Katalysator für Judenfeindlichkeit, so kommen bei Pandemien verschärfende Faktoren hinzu.

Die hierbei auch weiterhin gängigste Spielform dieser Art von Antisemitismus ist der – bereits im [Halbjahresbericht 2020](#) besprochene – mechanisch-reflexive Verweis auf tatsächlich oder vermeintlich jüdische Personen, welche entweder direkt beim Namen genannt (Rothschilds, Soros, Rockefeller, Györ-Familie) oder via gängiger, einschlägiger Codes in ominös-raunender Manier ins Spiel gebracht werden („Führer“, „Marionettenspieler“, „Welteliten“).



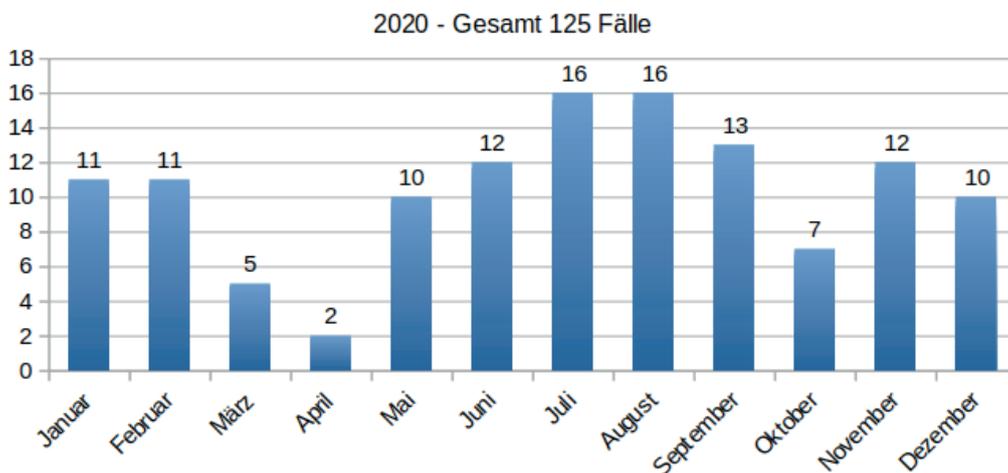
Shoah-Relativierung/-Leugnung

Angesichts der Ereignisse rund um das Thema Corona haben wir uns heuer entschlossen, eine eigene Kategorie für Relativierung bzw. Leugnung der Shoah einzuführen. Diese Statistik umfasst nicht nur coronabezogene Vorfälle, schließlich gab es derartiges Gedankengut schon immer, wobei es sich aufgrund der Pandemie-Maßnahmen einen völlig neuartigen Verbreitungskanal geschaffen hat.



Israelbezogener Antisemitismus

Erstmalig soll eine weitere Subkategorie Aufschluss darüber geben, wie viele Fälle einen wie auch immer gearteten Israelbezug aufwiesen. Diese Form des Antisemitismus als eigene Hauptkategorie zu führen wäre insofern nicht zielführend, als dass israelbezogener Antisemitismus – so er ideologisch zuordenbar ist – sowohl rechten, linken, als auch muslimischen Ursprungs sein kann.



Ideologischer Hintergrund der jeweiligen Vorfallskategorien

Die überwiegende Anzahl an zuordenbaren Angriffen (5) wurde von muslimischen Tätern begangen. In 2 Fällen gab es einen rechten Hintergrund.

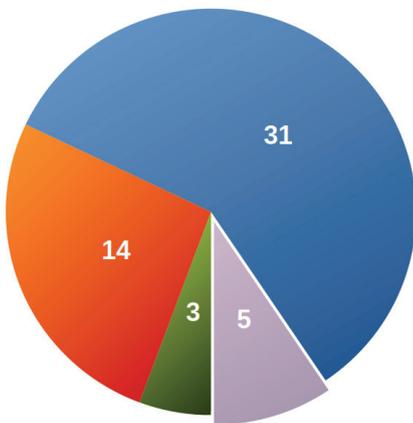
Bei Bedrohungen waren die TäterInnen weitaus eher zuordenbar, hier war Rechts mit 10 Fällen knapp voran gegenüber jenen Fällen mit muslimischem Hintergrund (8).

Bei Sachbeschädigungen war ein überwiegender Großteil der Fälle rechter Ideologie (31) zuzuordnen. Knapp halb so viele (14) hatten einen linken Hintergrund, für den fast ausschließlich anti-israelischer Aktivismus verantwortlich zeichnete.

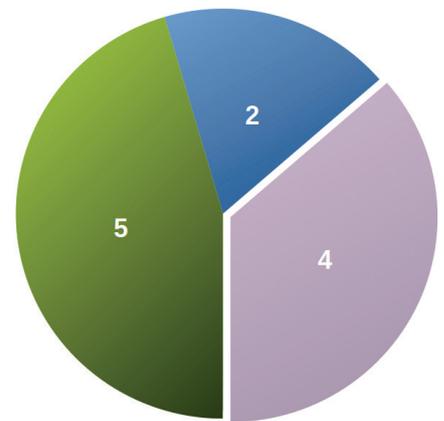
Auch in der Kategorie Massenzuschriften hat Rechts die Oberhand (56), allerdings nicht so eklatant wie bei Sachbeschädigungen; 44 Mal wurde ein linker ideologischer Hintergrund ausgemacht.

Gerade bei Fällen Verletzenden Verhaltens gestaltet sich die Zuordenbarkeit besonderes schwierig. 160 von 365 Vorfällen entzogen sich einer solchen. 130 jedoch hatten eine eindeutig rechte Motivation, Fälle mit linkem (34) und muslimischem (40) Hintergrund hielten sich in etwa die Waage.

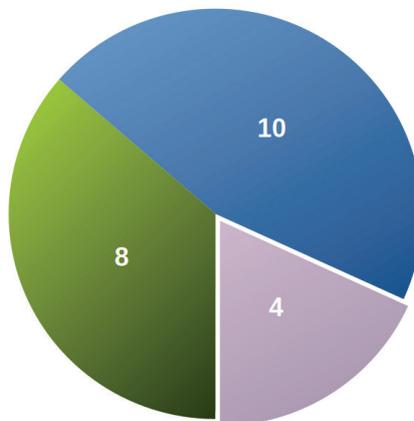
Sachbeschädigungen



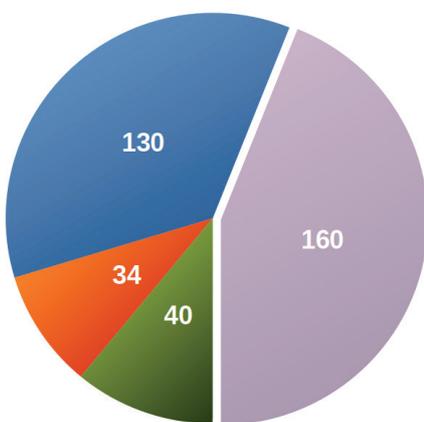
Angriffe



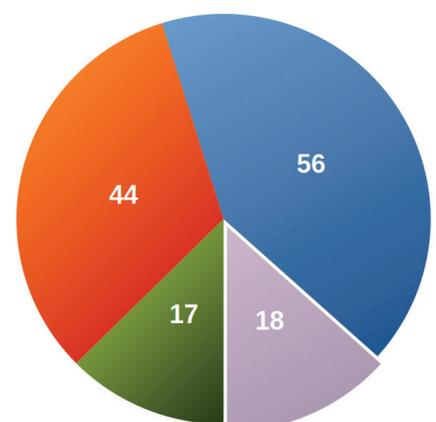
Bedrohungen



Verletzendes Verhalten



Massenzuschriften



■ Nicht zuordenbar ■ Rechts
■ Links ■ Muslimisch



„Entscheidend ist, dass alle an einem Strang ziehen“

Karoline Edtstadler

Bundesministerin für EU und Verfassung

In den letzten Jahren beobachten wir in Österreich, Europa und auch weltweit einen Anstieg an antisemitischen Vorfällen. Der vorliegende Antisemitismusbericht der IKG Wien zeigt einmal mehr, wie dringend die gesamte Gesellschaft im Kampf gegen Antisemitismus gefragt ist.

Jeder und Jede ist aufgerufen, wenn sich bei Corona-Demonstrationen Menschen mit Holocaust-Opfern vergleichen, Davidsterne tragen, „Sieg-Heil“-Rufe zu hören sind, oder Corona-Impfstoffe in sozialen Netzwerken mit Zyklon B gleichgesetzt werden, einem Nervengift das für den industriellen Massenmord in Deutschen Vernichtungslagern eingesetzt wurde. Es liegt in unserer Verantwortung aufzustehen und solche abscheulichen Entgleisungen zu verurteilen, keinesfalls dürfen sie stillschweigend toleriert werden. Das ist unsere Pflicht gegenüber den Millionen unschuldig ermordeten Jüdinnen und Juden, das ist unsere historische Verantwortung.

Eine Verantwortung, die der Republik Österreich bewusst ist und zu der sie sich bekennt. Dafür steht auch die heuer präsentierte Nationale Strategie zur Verhütung und Bekämpfung jeder Form von Antisemitismus, mit der die Bundesregierung einen Beitrag leistet. Sie soll Impulsgeber für eine gesamtgesellschaftliche und strukturierte Vorgehensweise sein. Eine breite Einbindung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure ist dafür unabdingbare Voraussetzung. Denn nur gemeinsam können wir gegen jede Art von Antisemitismus erfolgreich ankämpfen. Egal ob er von links oder von rechts kommt, ob er autochthon oder importiert ist. Entscheidend ist, dass alle an einem Strang ziehen und sämtlichen Erscheinungsformen dieses Hasses entschieden entgegen-treten.

Um das effektiv tun zu können bedarf es zweier wichtiger Grundvoraussetzungen. Die erste ist die klare Benennung von Antisemitismus in allen seinen Ausprägungen und Facetten. Die Annahme und Nutzung der IHRA-Definition bietet sich hier als geeignetes Hilfsmittel an. Die zweite ist die Erfassung und Sichtbarmachung antisemitischer Vorfälle. Der Meldestelle der IKG Wien kommt somit eine entscheidende Rolle zu. Sie ist ein wesentliches Werkzeug in der Bekämpfung dieser so resistenten Diskriminierungsform.

Ich möchte mich ausdrücklich bei der Israelitischen Kultusgemeinde für diese Initiative und den Aufbau der Meldestelle bedanken. All das ist nur möglich, weil wir gemeinsam gut und eng Seite an Seite beim Abbau antisemitischer Ressentiments zusammenarbeiten.



Der Kampf gegen Antisemitismus muss ein gemeinsames Anliegen sein

Peter Florianschütz

Vorsitzender der Arbeitsgruppe
zur Bekämpfung des Antisemitismus im Wiener Gemeinderat

Antisemitismus ist kein abgehobenes Phänomen, sondern bedauerlicherweise für weite Teile der Gesellschaft eine Alltagserfahrung. Die Anzahl der antisemitischen Vorfälle nimmt zu und allein das wäre schon ein Grund zur Besorgnis. Wichtig ist auch zu erkennen, dass Antisemitismus inzwischen in unterschiedlichen Formen und unterschiedlicher Intensität auftritt. Antisemitismus ist schon lange nicht mehr eine, aus der Vergangenheit herüberreichende Erscheinung, sie tritt inzwischen in allen möglichen Erscheinungsbildern auf, wie zum Beispiel als christlicher, muslimischer Antisemitismus, nationaler oder linker Antisemitismus. Dabei ist besonders zu bemerken, dass die neue Form des Antisemitismus, der Antizionismus global an Raum gewinnt.

In Wien findet man eine besondere Situation vor: Wien ist sowohl der Ort an dem der rassistische Antisemitismus quasi erfunden wurde, als auch einer jener Orte, in denen er politisch relevant wird, als der moderne Zionismus seine Entstehung erlebt. Wien war und ist eine kosmopolitische Stadt, in deren historischen Brüchen Antisemitismus eine bedeutende Rolle spielt. Es ist daher aus meiner Sicht sehr erfreulich, dass es gelungen ist eine aktive Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Antisemitismus im Wiener Gemeinderat zu gründen und dass die Stadt Wien aufgrund der Aktivitäten dieser Arbeitsgruppe die Arbeitsdefinition zum Antisemitismus der IHRA übernommen hat. Es ist auch gelungen gemeinsame Stellungnahmen zu antisemitischen Vorfällen zu beschließen. Das Besondere an dieser Arbeitsgruppe ist, dass Sie aus Vertreter*innen aller im Gemeinderat vertretenen Parteien besteht. In Zusammenarbeit mit Expertinnen und Vertreterinnen von Nichtregierungsorganisationen wird ein starkes Signal gegen jede Form von Antisemitismus gesetzt.

Theodor W. Adorno hat darauf hingewiesen, *„Hitler hat dem Menschen im Stande seiner Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: Ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.“*

Dieser historische Auftrag stellt eine der Leitlinien der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Antisemitismus dar. Es geht um eine Bestandsaufnahme und die Sichtbarmachung von Antisemitismus in all seinen Formen und um die Entwicklung konkreter Handlungsoptionen und Umsetzungen zur Bekämpfung von Antisemitismus in unserer Gesellschaft.

Von besonderer Bedeutung sind die Beobachtung und Analyse antisemitischer Vorfälle und ein Monitoring dazu. Das erklärt auch das besondere Augenmerk auf die Meldestelle für antisemitische Vorfälle, die jedenfalls gestärkt und ausgebaut werden muss. Vielen Dank daher an die Organisator*innen und Autor*innen des vorliegenden Berichtes.

Der Kampf gegen Antisemitismus muss und wird unser gemeinsames Anliegen sein und wir werden dabei Erfolg haben!

5. KOMMENTAR

Das Jahr 2020 war bereits aufgrund der Coronapandemie und der daraufhin eingeführten Maßnahmen ein außergewöhnliches; das jüdische Leben in Österreich wurde zudem mit Phänomenen konfrontiert, die man vor allem in dieser Form und in diesem Ausmaß lange nicht mehr erlebt hatte.

Ein Jahr im Zeichen der Gewalt

Zum einen war da das **Aufflackern antisemitischer Gewalt**, wobei hier vor allem zwei Ereignisse hervorzuheben sind.

Im August erschütterte der **Angriff eines syrischen Geflüchteten auf den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde Graz** ganz Österreich. In den vorangegangenen Tagen hatte der Angreifer mehrere **Fenster der Grazer Synagoge mit Steinen eingeschlagen**, sowie **pro-palästinensische Parolen** auf die Mauer des Bethauses und das nahe gelegene jüdische Gemeindezentrum gesprüht.

Am 2. November schlug der **islamistische Terrorismus** nach 35 Jahren wieder in Österreich zu, diesmal in Form eines folgenschweren Anschlags, welcher beim Wiener Stadttempel seinen Anfang nahm und bei dem im umliegenden Ausgehviertel im Zentrum der Stadt **4 Personen getötet und 23 weitere teils schwer verletzt** wurden. Den Sicherheitsbehörden zufolge ist davon auszugehen, dass die jüdische Gemeinde ebenfalls ein Ziel des Attentäters war; dass er hierbei nicht erfolgreich war ist dem Umstand zu verdanken, dass die Räumlichkeiten der IKG (Synagoge, Büros, Buchhandlung) zum Zeitpunkt des Anschlags bereits geschlossen waren, sowie das dem Gebäudekomplex angeschlossene koschere Restaurant an jenem Abend infolge einer kurzfristigen Stornierung einer Reservierung nicht geöffnet hatte.

Der kurz darauf erfolgte **Angriff auf einen Rabbiner** in Wien war vor allem deshalb besonderes verstörend, als zahlreiche Umstehende keinerlei Anstalten machten, dem Betroffenen zu helfen.

Ein Jahr im Zeichen der Pandemie

Einen prägenden Eindruck haben auch die **Proteste gegen die Corona-Maßnahmen** der Bundesregierung hinterlassen, welche zu einem starken Anstieg antisemitischer Vorfälle führten. Hierbei handelte es sich vor allem um Fälle von **Shoah-Relativierung** und der **Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmythen**.

Waren die Proteste anfangs quantitativ und qualitativ nicht besonders stark ausgeprägt (wir berichteten bereits im [Halbjahresbericht](#) darüber), so machte sich mit Fortdauer der Pandemie und aller damit verbundenen Konsequenzen sozialer, wirtschaftlicher und psychologischer Natur ein entsprechender Unmut auch in Form **größerer und häufigerer Proteste** bemerkbar. Blieb die Demographie der Protestierenden auch weiterhin relativ heterogen, so musste im Vergleich zum ersten Halbjahr nichtsdestotrotz ein **verstärktes Auftreten der organisierten rechtsextremen und neonazistischen Szene** festgestellt werden. Bekannte Führungskader aus diesen Milieus übernahmen verstärkt organisatorische und aktivistische Funktionen im Rahmen der zum Teil mehrere Tausend TeilnehmerInnen zählenden Versammlungen. Obgleich nicht von einer Kaperung der Proteste durch diese Szene gesprochen werden kann, so wurde deren **offenes Auftreten und organisatorischer Beitrag** weitaus offensiver und weitreichender als dies noch in der Anfangsphase der Demonstrationen im April der Fall war.

Ausgerechnet der sogenannte „**Judenstern**“⁸ wurde sowohl in der Öffentlichkeit, als auch auf Social Media missbraucht, um eine als solche wahrgenommene Stigmatisierung der Protestierenden

8 Eine vom nationalsozialistischen Regime eingeführte Zwangskennzeichnung für Personen, die gemäß den Nürnberger Gesetzen rechtlich als Juden galten

mit dem Schicksal von den Nazis verfolgten Jüdinnen und Juden zu vergleichen bzw. gleichzusetzen. Dass diese Symbolik vor allem bei Personen aus dem rechten politischen Spektrum anzutreffen war erscheint hierbei besonders perfide. Der bewusste Versuch, dieses einprägsame Symbol der Judenverfolgung, an deren Ende die Massenvernichtung stand, für die vorliegende Causa zu instrumentalisieren kann nur als weiterer Versuch gewertet werden, die Schrecken der Shoah zu relativieren, entsprechende **Hemmschwellen zu reduzieren**, sowie jahrzehntelange **Aufklärungs- und Geschichtsbildungsarbeit zu torpedieren**. Die damit einhergehende **Täter-Opfer-Umkehr** ist regelmäßig auftretender Bestandteil dieser Strategie; man erinnere sich zum Beispiel an den „Wir sind die neuen Juden“-Sager des seinerzeitigen FPÖ-Chefs Heinz-Christian Strache angesichts der Proteste gegen den „Burschenschaftlerball“ 2012.

[An dieser Stelle soll auch bestimmten **AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft** gedankt werden, die die Involvierung dieser Szene teils unter Einsatz ihrer physischen Integrität dokumentieren und uns von relevanten Vorkommnissen in Kenntnis setzen bzw uns diese meldeten (zB [Epoefails](#), [Presseservice Wien](#), [Stoppt Die Rechten](#)).]

Im Abschnitt „Beispiele“ soll anhand repräsentativer, uns gemeldeter Fälle vermittelt werden, wie Antisemitismus in diesem Bereich instrumentalisiert wurde und auch weiterhin wird.

Trotz Lockdown-Perioden kam es abgesehen von den eingangs erwähnten Vorfällen heuer auch zu **mehreren antisemitisch motivierten Angriffen**, deren Anzahl sich insgesamt auf 11 belief. In allen entsprechenden Fällen waren die betroffenen Personen auf die eine oder andere Art als **jüdisch erkennbar**. In dieser Vorfalkategorie hat sich die Zahl der Meldungen gegenüber 2019 nahezu verdoppelt. Im internationalen Vergleich ist die Fallzahl dennoch relativ gering. Dies liegt nicht zuletzt an den hohen Sicherheitsstandards, womit nicht nur das Sicherheitspersonal der IKG gemeint ist, sondern auch die mit letzterer professionell zusammenarbeitenden Sicherheitsbehörden.

Zu einem starken Anstieg kam es auch bei den uns gemeldeten **antisemitischen Postings und Kommentaren** unter Online-Zeitungsartikeln sowie auf **Social Media**. Einerseits betrachten wir dies als Resultat der Gründung der Antisemitismus-Meldestelle letztes Jahr, der gleichzeitigen Präsentation des Jahresberichts 2019, der Publikation des Halbjahresberichts 2020, dem Launch des Online-Meldeformulars, sowie neu etablierter Social Media-Auftritte auf [Twitter](#) und [Facebook](#); all diese Initiativen haben gewiss zur verstärkten öffentlichen Wahrnehmung der Meldestelle und in weiterer Folge zu einer **erhöhten Zahl an Meldungen** geführt. Auch das Meldeformular führte zu dessen – erwartbarem – Missbrauch durch Personen, die diese Kommunikationsmöglichkeit als Kanal für ihren Antisemitismus verwendeten.

Antisemitismus und Israel

Andererseits ist jedoch auch das **Klima im Onlinebereich mit fortschreitendem Verlauf des Jahres weitaus rauer** geworden. Ein beträchtlicher Teil der gemeldeten antisemitischen Kommentare wies nicht nur einen erwartbaren Corona-, sondern auch einen wie auch immer gearteten **Israelbezug** auf. Dies ist insofern erstaunlich, als der palästinensisch-israelische Konflikt durch die Pandemie quasi auf Eis gelegt worden ist, gewalttätige Auseinandersetzungen (vor allem mit der in Gaza herrschenden, islamistischen Terrororganisation Hamas) und die damit einhergehende Berichterstattung besonders gering ausfielen. Allerdings erwies sich Israel in vielen Belangen als berichtenswerter Corona-Vorreiter (im Positiven als auch im Negativen), zu dem zahlreiche journalistische Beiträge verfasst worden sind, welche oft mit einem Rattenschwanz an antisemitischen Kommentaren verbunden waren. Desweiteren galt dies auch für die Berichterstattung zu Annexionsplänen Israels, sowie den vielen Normalisierungsabkommen und Friedensverträgen, welche arabische Länder 2020 mit Israel abzuschließen bereit waren. Zuletzt führte der rasante Erfolg Israels bei der Impfung der eigenen Bevölkerung zu teils an „invertierten“ Ritualmordlegenden gemahnenden Kommentaren. Hatte man früher Juden vorgeworfen, Menschen anderen Glaubens auf perfide Art und Weise umbringen zu wollen (zum Beispiel der seit dem Mittelalter bekannte Vorwurf der [Brunnenvergiftung](#)), so wird heute eine nicht existierende (und technisch kaum durchführbare) Verpflichtung Israels, PalästinenserInnen in Gaza und im Westjordanland zu impfen, in verleumderische Weise so präsentiert, dass Israel ihnen Impfstoff vorenthält.

An dieser Stelle soll abermals betont werden, dass eine gegen Israel gerichtete Position selbstverständlich nicht automatisch eine antisemitische ist. In allen von uns aufgenommenen Fällen entsprachen die Postings jedoch eindeutig den Kriterien der [Arbeitsdefinition Antisemitismus](#). Diesen Umstand zu betonen ist uns auch insofern wichtig, als in den letzten Monaten im deutschsprachigen Raum angesichts der – erfreulicherweise – **steigenden Akzeptanz und Übernahme der Definition** durch weitere Staaten und Organisationen eine Gegenbewegung an Fahrt gewonnen hat, welche die Definition im Sinne einer sogenannten „Antisemitismuskeule“ als Schutzschild gegen jedwede Form von Kritik an Aspekten israelischer Politik zu diffamieren versucht. Seit die Definition in ihren Grundzügen im Jahr 2005 von der EUMC präsentiert wurde sieht sie sich regelmäßig in diese Richtung gehenden grund- und haltlosen Angriffen ausgesetzt.

So betrachtet kam die Präsentation des von der EU-Kommission in Auftrag gegeben und von RIAS erstellten „[Handbuchs zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus](#)“ vor wenigen Wochen zur richtigen Zeit. In diesem Werk soll gezeigt werden, in welchen Bereichen die Arbeitsdefinition Antisemitismus von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren genutzt wird.



Was den israelbezogenen Antisemitismus betrifft, so wurde schon im Halbjahresbericht über die verstärkten Aktivitäten der antisemitischen BDS-Bewegung sowie den personell wie organisatorisch eng mit ihr verbundenen Organisationen rund um die 2019 von Antiimperialisten ins Leben gerufene „Palästina Solidarität Österreich“ berichtet. Bei mehreren Demonstrationen aus diesem Umfeld im 2. Halbjahr wurde mehrfach und in unterschiedlichsten Formen Israel das Existenzrecht abgesprochen, der jüdische Staat an sich dämonisiert, tödlicher Terrorismus verharmlost und explizit legitimiert, der Friedensvertrag von Oslo bzw Friedensverhandlungen generell dezidiert abgelehnt und zur Unterstützung des „Widerstands“ und des „Kampfes“ aufgerufen.

Positive Initiativen angesichts negativer Perspektiven



Nach einem solch unerfreulichen Jahr ist die im Jänner 2021 vorgestellte „**Nationale Strategie gegen Antisemitismus**“ der österreichischen Bundesregierung, welche von Vizekanzler Werner Kogler, Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler, der Antisemitismusbeauftragten der Europäischen Kommission Katharina von Schnurbein und IKG-Präsident Oskar Deutsch präsentiert wurde, uneingeschränkt zu begrüßen.

Solche Initiativen sind vor allem deshalb so bedeutsam, weil die Folgen der Ereignisse von 2020 eher einer weiteren Befeuerung antisemitischer Ressentiments dienlich sind. Langfristig wird man sich darauf einstellen müssen, dass unausweichliche **wirtschaftliche Probleme** und **beschleunigte gesellschaftliche Veränderungen** zu einem **raueren gesellschaftlichen und politischen Klima** führen werden. Die Corona-Krise stellt eine nicht zu unterschätzende **Zäsur** und einen **Katalysator** für bereits zuvor beobachtbare Trends dar. Die nächsten Jahre werden geprägt sein von weniger Globalisierung, stärkerer Rückbesinnung auf Nationalstaatlichkeit, höherer Arbeitslosigkeit sowie einer Phase des nicht zu unterschätzenden gesellschaftlichen Umbruchs. Das sind geradezu optimale Voraussetzungen für Populismus, Nationalismus und somit auch Antisemitismus, welcher in einem solchen Umfeld besonders gut zu gedeihen vermag.

Nicht unerwähnt bleiben soll auch ein weiterer Aspekt unserer Arbeit, nämlich die persönliche Unterstützung und Begleitung von Antisemitismus Betroffenen, beispielsweise im Kontakt mit Behörden – so dies gewünscht wird. Es ist hinlänglich bekannt, dass viele von Antisemitismus Betroffene vor Kontakt mit zum Beispiel der Polizei zurückschrecken. Unser dahingehendes Angebot stieß im abgelaufenen Jahr – trotz coronabedingter Hindernisse – auf verstärktes Interesse und wir ermutigen Betroffene auch weiterhin, gegebenenfalls gemeinsam mit Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Antisemitismus-Meldestelle der IKG Wien, diesen Weg zu beschreiten. Gemeinsam mit dem Innenministerium wurde die Erarbeitung von Maßnahmen zur Steigerung der Anzeigebereitschaft begonnen.

6. ANTISEMITISCHE VORFÄLLE – BEISPIELE

Angriff

März: Ein Vater fährt am Abend zur Synagoge um seinen Sohn von einer Feier abzuholen; dabei stellt er das Auto auf einem angrenzenden Parkplatz ab. Während er im Wagen wartet bemerkt er, wie ein fremder Mann gewaltsam versucht die Autotür zu öffnen während er ihn anschreit, weil der Autolärm ihn störe. Der aufgrund seiner Kippa als jüdisch erkennbare Vater versucht daraufhin wegzufahren, wird jedoch vom aufbrausenden Fremden daran gehindert, da dieser sich vor das Auto stellt und dabei das Kennzeichen fotografiert.

Um die Situation zu deeskalieren steigt der Vater aus dem Wagen, woraufhin er unverzüglich einen Schlag ins Gesicht und auf die Schulter versetzt bekommt. Dabei fallen seine Brille und seine Kippa zu Boden, während der Angreifer ihm zuschreit: „Du sollst in deine Heimat zu den Juden zurückfahren, es gibt zu viele von euch hier!“. Dabei zertritt er die am Boden liegende Brille und beschimpft den Betroffenen mit den Worten „Du Judenschwein!“. Anzeige wurde erstattet.

März: Ein sechzehnjähriger Schüler wird unweit des Bischöflichen Gymnasiums in Graz von zwei etwa 15 bis 17 Jahre alten Jugendlichen auf seinen Ring mit einem Davidstern angesprochen. Sie wollen wissen ob er Jude sei. Er bejaht und wird daraufhin von den beiden aufgefordert sich zu „verpissen“. Als er dem nicht unmittelbar nachkommt versetzt ihm einer der Jugendlichen mehrmals mit der flachen Hand sowie der Faust Schläge ins Gesicht. Gleichzeitig wird das Opfer als „Scheiß Jude“ beschimpft. Der Schüler erleidet Hämatome sowie mehrere Schürfwunden, seine Lippen sind aufgeplatzt. Die Angreifer können nicht ausgeforscht werden.

August: Der Präsident der Jüdischen Gemeinde Graz, Elie Rosen, fährt Samstagabend zur Synagoge; im Einfahrtsbereich fällt ihm ein Mann mit Baseballkappe auf, der offensichtlich einen Stein mit sich führt. Rosen steigt aus dem Auto um den Mann zur Rede zu stellen. Sogleich wird er von diesem mit einem Stuhlbein attackiert, kann sich jedoch in letzter Sekunde zurück ins Auto retten. Der Angreifer schlägt mit dem Stuhlbein auf das Auto ein, ergreift dann jedoch die Flucht. Er wird später in der Nähe der Synagoge gefasst; es handelt sich um einen 31-jährigen syrischen Geflüchteten, der seit 2013 in Österreich lebte.

Er ist auch für mehrere Angriffe in Graz in den vorangegangenen Tagen verantwortlich; dabei schlug er mit Betonklumpen mehrere Fenster derselben Synagoge ein, beschmierte diese sowie das nahegelegene jüdische Gemeindezentrum mit pro-palästinensischen Parolen. Der Festgenommene gibt bei der Einvernahme auch die kurz zuvor stattgefunden habenden Angriffe auf eine Kirche und eine LGBTQ-Einrichtung in Graz zu.

August: Ein aufgrund seiner Kippa als jüdisch erkennbarer Jugendlicher fährt in Wien mit der Straßenbahn im 2. Bezirk, als ihn ein ihm unbekannter Jugendlicher anspuckt und dabei schreit: „Wo ist Israel?! Wo ist Israel?!“

November: Ein aufgrund seiner Bekleidung als jüdisch erkennbarer orthodoxer Rabbiner wartet an einer Haltestelle in Wien-Landstraße auf die Straßenbahn als eine unbekannte Frau schnellen Schrittes auf ihn zukommt. Sie beginnt ihn zu beschimpfen und schreit unter anderem „Alle Juden muss ich umbringen – mit dir fang ich jetzt an – komm gleich mit zum Friedhof! Ich muss jetzt alle Juden töten!“. Dabei öffnet sie ihre Tasche und greift nach einem knapp 30 cm langen Messer. Der Rabbiner ergreift daraufhin die Flucht, doch die Angreiferin folgt ihm und reißt ihm seine Kippa vom Kopf; als er diese aufheben will greift die Frau wieder nach ihrem Messer, kann es jedoch nicht aus der Tasche ziehen; also beginnt sie auf den Rabbiner einzutreten, unter anderem gegen das Schienbein. Von den rund ein Dutzend Umstehenden eilt keiner zur Hilfe, einige drehen sich gar

aktiv weg; der Betroffene rettet sich in eine Straßenbahn und entkommt so der Angreiferin. Anzeige wurde erstattet.

September: Eine Joggerin singt beim Laufen im 14. Wiener Gemeindebezirk leise die Hatikvah (israelische Nationalhymne). Ein anderer Jogger hört dies, fängt mit der Frau ein Streitgespräch an, im Zuge dessen er sie als „blöde Judensau!“ beschimpft. Es entwickelt sich ein Handgemenge, bei dem der Täter der Joggerin auch Faustschläge versetzte. Die Betroffene wird leicht verletzt, kann dem Angreifer jedoch entkommen und erstattet Anzeige.

Bedrohung

Februar: Ein aufgrund seiner Kippa als jüdisch erkennbarer Mann parkt unerlaubterweise vor einer Hauseinfahrt im 2. Bezirk. Als er aus dem Fahrzeug aussteigt weist ihn ein älterer Herr in aufbrausend-unflätiger Manier auf das Parkverbot hin. Eine Passantin versucht die Situation zu deeskalieren; der Fahrer entschuldigt sich und macht sich daran, das Auto wegzufahren. Daraufhin wird der ältere Herr von seiner Begleitung angeherrscht, er habe den Autofahrer zu glimpflich davon kommen lassen: „Du bist schuld daran, wenn das dreckige faule Gesindel morgen wieder dasteht!“. Die noch immer anwesende Passantin – welche aufgrund eines an einer Halskette hängenden Davidsterns ebenfalls als jüdisch erkennbar ist – stellt sie daraufhin zur Rede und bekommt von der Frau – in Anspielung an die Shoah – entgegen geschleudert: „Ich habe überlebt, wer hat bei Ihnen überlebt!“ und drohte ihr in weiterer Folge mit Ohrfeigen. Im Weggehen wird der Betroffenen noch „Judensau!“ und „Dreckiges Pack!“ nachgerufen.

Juli: Im 2. Bezirk in Wien beobachtet ein Anrainer wie zwei Männer um 1 Uhr nachts einen aufgrund seiner Kleidung als jüdisch erkennbaren Mann verfolgen und ihm hinterherschreien „Judensau!“, „Judi, Judi, Judi!“ und „Wir machen dich fertig!“. Als einer der Männer einen Barhocker aus einem Schanigarten entwendet und damit den Betroffenen bedroht verständigt der Anwohner die Polizei.

Oktober: Ein Betrunkener kommt zu einem koscheren Restaurant im 2. Bezirk in Wien und bedroht dort den Besitzer mit einem Steakmesser während er antisemitische Drohungen ausstößt, zum Beispiel „Scheiß Juden, ich pisse auf eure Gräber und brenne alles nieder!“. Die Polizei wird herbeigerufen, Anzeige gegen den Täter erstattet.

Sachbeschädigung

Februar: Die Fassade und die Umgebung der NMS Anton Sattler-Gasse in Wien wird mit antisemitischen und antiamerikanischen Graffiti beschmiert.



Juni: An einer Wand der U-Bahnstation Roßauer Lände in Wien erkennt ein Passagier der Linie U4 die Israel dämonisierende Beschmierung „Die Wurzel des Faschismus, sie heißt Zionismus“; noch ehe er ein gutes Foto davon machen kann fährt die U-Bahn los. Kurz darauf ist die Beschmierung weg, offenbar zügig beseitigt von den Wiener Linien.

Juli: Am Theodor-Herzl-Platz in Wien werden das Straßenschild und die darunter angebrachte Zusatztafel mit roter Farbe beschmiert. Auf den Boden wird mit derselben Farbe „Free“ geschrieben, gefolgt von einer aufgemalten palästinensischen Fahne.



Im **Jänner** war bereits die Gedenktafel an der Theodor Herzl Stiege auf der anderen Seite des 1. Bezirks beschmiert worden.

November: 2 Tage nach dem Terroranschlag von Wien am 2. November werden uns folgende, an eine Mauer im Pötzleinsdorfer Schlosspark in Wien geschmierten Sätze gemeldet: „2.11. war erst der Anfang, nächster Termin 24.12.“; sowie „Judentum ist eine Lüge“. Die MA 42 hat die Beschmierungen zeitnah entfernt, sowie Fotos an die Behörden weitergeleitet.

Verletzendes Verhalten

Jänner: die Redaktion des Radiosenders Ö1 erhält einen Brief, der ein breites Spektrum an Ausprägungsformen von Antisemitismus abdeckt. Ein Ö1-Mitarbeiter postet ein Foto des Schreibens, welches uns ein aufmerksamer User meldet.

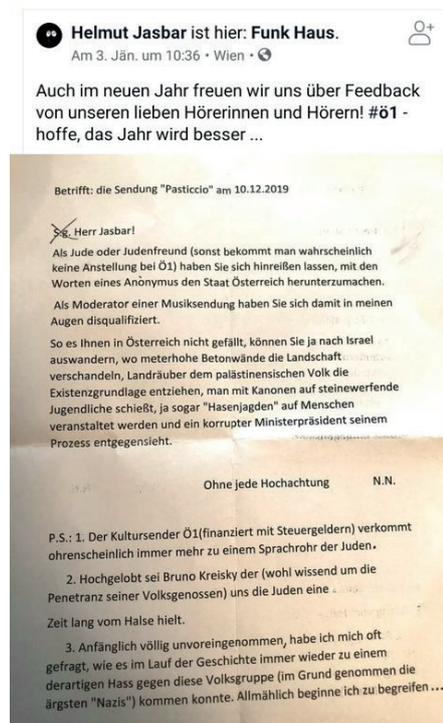
Jänner: Bei einem Protest gegen die Vorlesung des umstrittenen FPÖ-nahen Historikers Lothar Höbelt an der Universität Wien, an dem unter anderen auch der Präsident der Jüdischen österreichischen HochschülerInnen teilnahm, wird von einem Besucher der Vorlesung „Juden Raus!“ skandiert.

Februar: ein Radfahrer hält bei der Synagoge Graz an, zeigt zwei Mitarbeitern der jüdischen Gemeinde den Mittelfinger, schleudert ihnen dabei mehrere antisemitische Beschimpfungen in gebrochenem Deutsch entgegen, darunter „Scheiß Juden!“, und entfernt sich dann sogleich. Nach Rücksprache stellt sich heraus, dass derartige Vorfälle – mit wechselnden Akteuren – in den vorangegangenen Wochen bereits mehrmals stattgefunden haben.

Mai: Im Wiener Stadtzentrum sind ein Vater und sein Sohn – beide aufgrund ihrer Kippa als Juden erkennbar – unterwegs, als der Sicherheitsmitarbeiter eines italienischen Nobelbekleidungsgeschäfts dem Sohn unvermittelt „Jude!“ zuruft.

Mai: Ein jüdisches Ehepaar ist zu Shabbat in traditionell jüdisch-orthodoxer Bekleidung im 2. Bezirk unterwegs, als ein Passant sie im Vorbeigehen mit „Scheiß Jude!“ anschreit.

Oktober: Eine jüdische orthodoxe Familie sitzt zur Mittagszeit auf der Donauinsel auf einer Bank, als sie plötzlich von einer Gruppe Jugendlicher auf aggressive Weise angesprochen wird. Unter anderem werden der Familie „Verbrechen an den Palästinenser“ vorgeworfen und wird ihnen am Ende „Allahu Akhbar!“ entgegengeschrien.



Massenzuschriften

Angesichts der schon mehrfach angesprochenen Besonderheiten des abgelaufenen (und auch heurigen) Jahres soll der Kürze halber in diesem Abschnitt auf zwei Fallbeispiele eingegangen werden.

Fallbeispiel: Coronabezogener Antisemitismus

Das Heranziehen der unterschiedlichsten und verstörendsten Vergleiche der Coronamaßnahmen entwickelte sich zum Grundbaustein der Propaganda der Proponenten dieser Agenda. Hier nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was man – abseits von einschlägigen Transparenten und Symbolen auf Protesten – vor allem auf sozialen Netzwerken zu sehen bekam. Wie schon im Kommentar angesprochen, machten vor allem AktivistInnen und PolitikerInnen aus der rechtsextremen und neonazistischen Szene von dieser Art von Topoi Gebrauch und sorgten für deren Zirkulation.

Relativierung des Holocaust

„Hitler ist Tod - Kurz sollte endlich gestopt werden!“

- Niko Steinberg, FPÖ-GR in Schweiggers/NÖ -

FPÖ Schweiggers
2. Dezember um 18:18
Die Geschichte wiederholt sich

Die Jagd auf Menschen kann nun wieder beginnen

Thomas S
27. November
Ohne Wörter

2
1 Mal geteilt

FPÖ Schweiggers
2. Dezember um 16:54
Demokratie gibt es nur mit freie Entscheidungen. Wer Verordnungen macht und die Menschen unterdrückt ist ein Diktator

Stein Berg (Niko Steinberg, FPÖ-GR Schweiggers/NÖ)
2. Dezember um 16:51
Der linke ist Tod - der Rechte sollte endlich gestopt werden!

1

Gestern um 00:24

So ist es... wortwörtlich

Die Pointe des Coronawitzes

4
6 Kommentare

MARKTGEMEINSCHAFT RUPPRECHTSHOFEN
GEMEINSCHAFT ZUM WOHLFÜHLEN

matthias6653

matthias6653 · Abonnieren

matthias6653 Im Sinne des -Führers! Prosit Neujahr!

In der "ZIB 2" des ORF hat Kanzler Kurz am Mittwochabend erste Details preisgegeben, wie das "Freitesten" ab 18. Jänner funktionieren soll.

Gefällt 1 Mal
10K · 1 STUNDE

FPÖ Fails @fpofails

Replying to @fpofails

Geht noch weiter @AMeldestelle

Stein Berg
30. November
Da ist kein Unterschied
Ohne mich, das ist kein Fortschritt, dass ist modernisierte Unterdrückung und Versklavung

THIS IS ID2020

Rockefeller Foundation
Microsoft
Gavi
accenture

HOLOCAUST 1944

THIS WAS AUSCHWITZ

Natalie Mantle
29. November

5:28 PM · Dec 30, 2020 · Twitter Web App

Palästina Solidarität Österreich (ein Bündnis linksextremer und islamistischer Organisationen, u.a. BDS) übernimmt ein in „Israelkritik“-Kreisen zuletzt stark propagiertes antisemitisches Sujet, die jahrhundertalte Entmenschlichung von Juden bzw. Israelis, hier als – auszumerzendes – Virus.



Auf der FPÖ-nahen Webplattform „Unzensuriert“

Meinung 21. Dezember 2020 / 10:31

Coronavirus

Werden wir wie Nutztiere in Massentierhaltung behandelt?

Ich wollte bloß hier einmal meine Meinung zum derzeitigen Leben der Menschen in Österreich zum Ausdruck bringen.
Meine Empfindung ist, dass wir alle wie Nutztiere in Massentierhaltung behandelt werden.

Leserbrief von Reinhard G.

1. Wir werden bloß noch aus dem Stall gelassen, wenn es „Ihm“ passt.
2. Wir werden in regelmäßigen Abständen an den Melkstand geführt (Teststation)
3. Wir müssen höchstmöglichen Nutzen bringen (arbeiten dürfen wir ja noch), dürfen dabei aber keinen Spaß haben.
4. Es werden uns Medikamente einfach ins Futter gemischt, ohne dass wir gefragt werden (Beispiel Jodsatz).
5. Neuerdings dürfen wir auch ungestraft zur Schlachtbank geführt werden, wenn wir keinen Nutzen mehr bringen (straffreie Beihilfe zum Selbstmord).
6. Medizinische Zwangsbehandlung wenn „Er“ es will.

Wahrscheinlich müssen wir bald alle mit „Heil K...“ grüßen. Es läuft gerade alles in die entsprechende Richtung, denke ich.
Und die Ungeimpften werden die Stelle der Juden einnehmen in diesem wiederaufgewärmten System.

Wenn Ihnen der Artikel gefallen hat, unterstützen Sie bitte das Projekt *unzensuriert* mit einer Spende. Per **paypal (Kreditkarte)** oder mit einer Überweisung auf [redacted] ltd. Unzensuriert

Fallbeispiel: Israelbezogener Antisemitismus

Eine häufige Spielart des israelbezogenen Antisemitismus ist die Vermengung antisemitischer Vorfälle in Österreich mit als solchen wahrgenommenen negativen Aspekten israelischer Politik, welche dann auch oft implizit als Rechtfertigung für diesen Antisemitismus herangezogen wird, auch für Gewalt gegen jüdische Bürger

Oskar Deutsch @DeutschOskar · Aug 19, 2020

Die Synagoge #Graz wurde beschmiert. Neben dem Sachschaden entstand ein nicht bezifferbarer immaterieller Schaden für die jüdische Gemeinde. Es dürfte sich um ein Motiv im Spektrum des israelbezogenen Antisemitismus handeln. Der Verfassungsschutz ermittelt



Grazer Synagoge nachts mit Parolen beschmiert
Die Grazer Synagoge und das Gemeindehaus der jüdischen Gemeinde sind in der Nacht von Dienstag...
🔗 krone.at

13 50 93

Replying to @DeutschOskar

Warum ist der Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und Kritik an der derzeitigen Politik unter Netanjahu sowie durch Trump Antisemitismus?

[Translate Tweet](#)

9:57 AM · Aug 20, 2020 · Twitter for iPhone

Oskar Deutsch @DeutschOskar · Aug 19, 2020

Die Synagoge #Graz wurde beschmiert. Neben dem Sachschaden entstand ein nicht bezifferbarer immaterieller Schaden für die jüdische Gemeinde. Es dürfte sich um ein Motiv im Spektrum des israelbezogenen Antisemitismus handeln. Der Verfassungsschutz ermittelt



Grazer Synagoge nachts mit Parolen beschmiert
Die Grazer Synagoge und das Gemeindehaus der jüdischen Gemeinde sind in der Nacht von Dienstag...
🔗 krone.at

13 50 93

R. @Antimyon

Replying to @DeutschOskar

Kritik an Israel ist kein Antisemitismus

[Translate Tweet](#)

12:07 PM · Aug 20, 2020 · Twitter for iPhone

17h

Eckhart war gestern bei #Stöckl zu Gast. Konfrontiert mit Kritik, wirft sie jüdischen Repräsentant*innen Humorlosigkeit vor. Für Juden*Jüdinnen hat sie nur Zynismus übrig. Ermöglicht wird das vom ORF, der keine Betroffenen zu Wort kommen lässt. Ihre Satire bleibt antisemitisch.



195 216 2k

Replying to [redacted]

Finde ich überhaupt nicht. Zynisch ist, wenn israelische Soldaten einen alten palästinensischen Mann zusammenknüppeln, auf ihm knien, nur weil er friedlich demonstriert hat!

Viele Vorfälle bezogen sich auf das Umfeld der antisemitischen BDS-Bewegung. Vertreter der Israel-boycottbewegung verweisen oft auf deren friedfertigen Charakter und deren Verfolgung einer friedlichen Zweistaatenlösung. Paradigmatisch sei hier ein sehr [offenherziges Posting](#) des zum Bündnis „Palästina Solidarität Österreich“ gehörenden „Palästinensischen Kulturforum Handala“ angeführt, welches in sehr bildhafter Form darstellen soll, wie BDS Israel zerstört und durch einen palästinensischen Staat ersetzt.

Andernorts wird Israel mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt:

<https://www.derstandard.at/story/2000118417715/die-stadt-die-nicht-hauptstadt-der-palaestiner-werden-will>

Besnik_ 2 & vor 2 Stunden 12 1

Israel ist mit Abstand das Unsympathischste Staat der Welt.

antworten

Magd des Herrn 7 & vor 3 Stunden 8 2

Wieder einmal

begibt sich ein Volk ohne Land mit der Waffe in der Hand auf die Suche nach Lebensraum im Osten.

Das letzte Mal ist die Welt zusammengestanden um der Aggression Einhalt zu gebieten.

antworten

**** | 8 & vor 2 Stunden 1 0

israel gefährdet sich auf dauer mit sienen verbrecherischen handlungen selber am meisten

hatten sie nie. das war doch immer eine scheinhandlung. außerdem wurden die palästinenser zu allererst von frankreich und england angeschmiert, als eine willkürliche gebietseinteilung - wie in afrika auch - erfolgt ist und so der grundstein zu ewiger streiterei gelegt wurde.

kann sein, dass die palästinenser aufgegeben werden - schaut ganz danach aus - und sich so israel dann gefallen lassen muss, den verfasser von mein kampf als vorbild zu haben.

antworten



6 & vor 19 Stunden 19 9

solange israel auf landraub aus ist, wird das auf alle juden abfärben, egal wo sie daheim sind.

da sollte der herr diplomat samt seiner regierung einmal wenig in sich gehen.

antworten

8 & vor 6 Stunden 7 2

eine zweistaatenlösung ist doch schon lange auch aus fehlenden zusammenhängenden gebieten nicht mehr möglich.

was soll die träumerel? palästina und israel gehörten unter unoverwaltung gestellt, bis eine gängige lösung vorhanden ist.

das was der israelische großenwahnsinnige samt trump machen will, hat eine sprengkraft, die sich gewaschen hat. im prinzip will er nichts anderes, als was hitler mit den 'ostgebieten' vorhatte. der unterschied: es passieren noch kaum genozide. traurig, wenn man aus der geschichte nichts lernt, auch israel nicht. diese verbrecherische tour kann man auch nicht mehr als selbstschutz darstellen, wie sonst üblich.

antworten

<https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/2065768-Die-Neuordnung-des-Nahost-Konflikts.html>

A Atahualpa 29.06.2020, 21:00 Uhr

Adolf Hitler hat Österreich 1938 angeschlossen. Die NAZIS haben Österreich annektiert. Heute die neuen NAZIS FASCHISTEN, israelies wollen Palästina annektieren. Heute gibst es mehr NAZIS als im Jahr 1938.

antworten >  8  1

melden >

caduta vor 3 Tagen

Raketenbeschuss und Schikane , die in Israel arbeiten und Sklanenarbeit verrichten.....
Gaza lives matter.....

 16  1 ANTWORTEN ↩

TEILEN ⇄ MELDEN 🚩

sprach.irlmaier vor 3 Tagen

Gibt es in Israel keine Hochschule?

 20  1 ANTWORTEN ↩

TEILEN ⇄ MELDEN 🚩

Romy666 vor 3 Tagen

Wozu? Die Erbschuldner finanzieren alles.

 19  1 ANTWORTEN ↩

TEILEN ⇄ MELDEN 🚩

derbuergerwehrtsich vor 3 Tagen

Kann man im Umkehrschluss auch die Entfernung der jüdischen Gedenkstätten fordern weil Israel illegal Palästinensische Ländereien annektieren will und dies de facto schon getan hat, indem es über 600 000 jüdische Siedler in der West Bank angesiedelt hat? Schließlich ist das ja auch nach dem Völkerrecht illegal und eine Art von Rassismus.

 20  2 ANTWORTEN ↩

TEILEN ⇄ MELDEN 🚩

caduta vor 3 Wochen

Es hat die letzten Jahrzehnte keinen gestört.....
und jetzt sind wieder Stipendien vergeben worden für denen es stört.....
studiert zu Hause und beklagt die Mauer.....

 27  1 ANTWORTEN ↩

tivoli vor 3 Wochen

Hauptsache es hat und kostet wieder viel Geld 😡
Was bitte sind 600 unterschritten von nicht arbeiteter ausländischen Studenten??

 49  2 ANTWORTEN ↩

leserin07 vor 3 Wochen

Die sollten wirklich niemanden interessieren!

 36  1 ANTWORTEN ↩

Entkerner vor 3 Wochen

Irrelevant

 26  ANTWORTEN ↩



**ANTISEMITISMUS
MELDEN UND
BEKÄMPFEN**



www.antisemitismus-meldestelle.at

+43 (1) 531 04-777

Bei Gefahr in Verzug rufen Sie die Polizei unter 133 und die IKG-Sicherheitszentrale unter +43 (1) 369 85 26.

IMPRESSUM:

Medieninhaber
Israelitische Kultusgemeinde Wien
Seitenstettengasse 4, 1010 Wien

Kontakt
E-Mail: office@ikg-wien.at
Telefon: + 43 (1) 531 04-00
© IKG Wien, 2020. Alle Rechte vorbehalten.

Herstellung:
JMV GmbH.,
Desider-Friedmann-Platz 1, 1010 Wien